

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.06.2024
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Julian Fresch CDU

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU

Anja Lembach CDU

Jan Lüchau CDU

Jochen Peter Lüchau CDU

Christoph Matthiessen CDU

Hendrik Thomascheski CDU

Herbert Thomascheski CDU

Bernhard Weidenbach CDU

Torben Wunderlich CDU

Sabine Zedler CDU

Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Verena Kim Heyer Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Thomas Wöstmann Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lothar Barop SPD

Alexandra Petersen SPD

Norman Rothe SPD

Heidi Keck SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Laurin Schwarz SPD

Peter Ammer WSI

Angela Drewes WSI

Philipp Grüßner WSI

Birgit Neumann-Rystow WSI

Alexandra Petersen WSI

Jörg Hohner FDP

Klaus Koschnitzke FDP

Patrick Eichberger	DIE LINKE
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE
<u>Jugendbeirat</u>	
Finn Justus Bödding	Jugendbeirat
Arne Thon	Jugendbeirat
<u>Seniorenbeirat</u>	
Helga Nikodem	Seniorenbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Julia Fisauli-Aalto	stellv. Bürgermeister
Kirsten Gragert	Protokollführung
Ralf Waßmann	Verwaltung
Rolf Jagemann	Prüfdienste
Volkmar Scholz	FDL Finanzen

Abwesend

<u>Mitglieder</u>		
Jens Bergstein	CDU	entschuldigt
Antje Hellmann-Kistler	FDP	entschuldigt
Nina Schilling	FDP	entschuldigt
<u>Umweltbeirat</u>		
Maximilian vom Bruch	Umweltbeirat	entschuldigt
<u>Verwaltung</u>		
Jörg Amelung	Verwaltung	entschuldigt

Gäste:

Herr Graßhoff / Stadtparkasse Wedel

10 Einwohner*innen

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Zunächst richtet er ein paar Worte an Herrn Kaser und dankt ihm für seinen Tatendrang, seine Ideen und seinen Einsatz für die Stadt. Er mahnt, dass die Abstimmung über die Abwahl nicht die Zeit für Fingerzeig, Triumphieren, Häme oder Spott sei.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 10 - 12.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2024
- 3 Nachbesetzung von Gremien
- 4 Stadtparkasse Wedel Stellungnahme des Trägers gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 7 Sparkassengesetz Schleswig-Holstein
hier: Zweigstellenschließung Moorweg BV/2024/016
- 5 Haushaltskonsolidierung
- 5.1 Haushaltskonsolidierung BV/2024/029
Maßnahme Nr. A1.26
Erhöhung der Kursgebühren in der Volkshochschule Wedel
Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung von Gebühren
für die Volkshochschule
- 5.2 Aktueller Stand der Haushaltskonsolidierung MV/2024/042
- 6 IV. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Wedel über die
Erhebung von Gebühren für Leistungen der Freiwilligen
Feuerwehr Wedel (Feuerwehrgebührensatzung) BV/2024/031
- 7 Beschwerde gem. § 16 e der Gemeindeordnung für
Schleswig-Holstein MV/2024/051
- 8 Die Verschwiegenheitspflicht und Konsequenzen ihrer
Verletzung MV/2024/047
- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bericht der Verwaltung
- 9.2 Öffentliche Anfragen ANF/2024/014

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
16.05.2024
- 11 Kommunit IT-Zweckverband Schleswig-Holstein -
Eigenkapitalquote und offene Fragen MV/2024/048
- 12 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 12.1 Bericht der Verwaltung
- 12.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 13 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden mehrere Fragen gestellt.

- 1.) Herr Sayinc verliest seine Fragen zum Thema Additional-Tier-1-Anleihe (AT-1) der Stadtparkasse Wedel (s. Anlage).
Der Vorsitzende hält eine spontane Antwort für wenig zielführend und bittet um Beantwortung zur nächsten Ratssitzung.
- 2.) Frau Wohlers fragt:
Ist die Empfehlung, dass die Verwaltung wegen Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht "Anzeige gegen unbekannt" stellen soll, umgesetzt worden?
Auf wie viele Sachverhalte bezogen? Gibt es weitere Anzeigen gegen namentlich bekannte Personen?
Der Vorsitzende antwortet, dass die Anzeige gestellt wurde, aber nicht namentlich. Die Justiziarin ergänzt, dass die Anzeige auf den Themen fußt, die im Hamburger Abendblatt standen. Es sei schwer festzustellen, wer es wirklich war.
- 3.) Frau Wohlers fragt, ob die Entscheidung eine Rückforderung durch den Stadtpräsidenten durchzuführen umgesetzt wurde.
Die Justiziarin gibt dazu keine Stellungnahme ab.
- 4.) Frau Wohlers fragt:
Strafanzeigen werden von der Stadtverwaltung gesellt.
Ist es Usus, dass der Rat vorab darüber informiert wird, oder abstimmt? Wer entscheidet letztendlich?
Die Justiziarin erwidert, dass alles, was nichtöffentlich ist auch so bliebe. Selbst Stichworte dürfen nicht genannt werden. Sie wisse nicht, was Herr Kiwitt geschrieben habe.
Frau Wohlers fragt, ob der Rat mitentscheiden könne.
Die Justiziarin antwortet, dass das in der ADGA (Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung) geregelt sei.
Herr Kiwitt stellt klar, dass er nicht eigenmächtig, sondern abgesprochen gehandelt habe.
- 5.) Herr Weise fragt zur Unterlassungserklärung von Herrn Kiwitt, ob der Rat Kenntnis davon habe, dass der 3. Stellvertretende Bürgermeister in seiner Funktion als solcher und als Ratsmitglied Anträge gegen Personen stelle. Dies sei der Fall beim Landgericht Oldenburg.
Der Vorsitzende antwortet, dass der Rat als solcher keine Kenntnis davon habe.
Frau Süß ergänzt, dass Herr Kiwitt weder in seiner Funktion als 3. Stellvertretender

Bürgermeister noch als Ratsmitglied gehandelt habe. Er sei als Privatperson beleidigt worden und habe sich gewehrt. Unterzeichnet habe er als Rechtsanwalt. In der Begründung gebe es lediglich einen Hinweis auf seine Funktionen.

Herr Weise widerspricht. Es wurde sehr wohl so ausgeführt. Und fragt, warum das im Sachverhalt so benannt wurde. Aber er wollte das nur fragen und werde es anderweitig nachverfolgen.

Herr Kiwitt rät zu einem privaten Gespräch und bietet Herrn Weise dies an.

Dazu merkt Herr Weise an, dass die angebotenen Termine nach dem Gerichtstermin liegen.

Anlage 1 TOP 1.2.1 Anfrage nach IZG-SH

2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2024

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2024 wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

3 Nachbesetzung von Gremien

Frau Süß verliest den Nachbesetzungsantrag der Grünen.

Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt folgende Umbesetzung ihrer Mitglieder in den Ausschüssen:

		Bisheriges Mitglied	Neues Mitglied
Planungsausschuss	6. Stellvertretung	N.N.	Hellmut Metz
Sozialausschuss	2. Stellvertretung	Tobias Kiwitt	Thomas Wöstmann
	5. Stellvertretung	Thomas Wöstmann	Patricia Römer
	6. Stellvertretung	N.N.	Petra Kärgel
	7. Stellvertretung	N.N.	Dagmar Süß
Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss	6. Stellvertretung	N.N.	Tobias Kiwitt
	7. Stellvertretung	N.N.	Dagmar Süß
	8. Stellvertretung	N.N.	Petra Goll
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	6. Stellvertretung	N.N.	Dagmar Süß
	8. Stellvertretung	N.N.	Willi Ulbrich

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 TOP 3 Gremienumbesetzg Grüne Ausschüsse 13.06.2024_NEU

4 Stadtparkasse Wedel Stellungnahme des Trägers gemäß § 5
Abs. 2 Nr. 7 Sparkassengesetz Schleswig-Holstein
hier: Zweigstellenschließung Moorweg

BV/2024/016

Der Vorsitzende dankt Herrn Graßhoff von der Stadtparkasse für sein Erscheinen und erteilt ihm das Wort.

Herr Graßhoff teilt mit, dass ihn einige Fragen bereits im Vorwege erreicht haben. Leider könne er nicht alle im öffentlichen Teil der Sitzung beantworten, sondern in einigen Fällen nur Tendenzen aussagen.

Die gute Nachricht vorab sei, dass die Existenz der Stadtparkasse durch die Schließung der Zweigstelle Moorweg nicht gefährdet sei. Es gehe um wirtschaftliche Punkte und Sicherheitsabwägungen und davon hänge die Existenz nicht ab.

Aktuell gebe es 7 Geldautomaten, wobei der am Moorweg abgebaut, dafür aber ein neuer am Hafen errichtet werden soll. Aktuell laufen Auswertungen zur Frequentierung dazu. Die Filiale Moorweg liege dabei 40 % unter dem Durchschnitt als am wenigsten genutzte Filiale. Selbst der neue Geldautomat am Marienhof habe schon eine höhere „Ausbeute“ und nähert sich der Hauptstelle.

Weiterhin gibt es 7 Selbstbedienungsterminals (SBT) im Stadtgebiet. Die Nutzung sei bei allen rückläufig. Sie seien als Übergangstechnologien zu sehen, denn die Online-Anbindung liege inzwischen bei 70 %. Auch die Nutzung von Kontoauszugsdruckern sei rückläufig. Das spare zudem Papier.

Am Marienhof gibt es nur einen Geldautomaten, weil der Platz für einen SBT fehle.

Aktuell habe sie Stadtparkasse hohe Investitionskosten für die Einrichtung am Hafen.

Die Hauptstelle nehme auch Überweisungen per Post an, aber das werde weniger. Und ebenso werden Kontoauszüge gegen Portoerstattung nach Hause geschickt.

Vor der Entscheidung zur Moorwegschließung wurde abgewartet, wie die Nutzung am Marienhof anlaufe.

Das Hauptargument für die Schließung seien aber die zunehmenden Zahlen bei der Geldautomatensprengung. Herr Graßhoff gibt einen kurzen Überblick zur Entwicklung.

Ende 2022 gab es einen Runden Tisch zum Thema Geldautomatensprengungen. Herr Graßhoff zitiert auszugsweise aus der gemeinsamen Erklärung (s. Anlage). Sie beinhaltet hohe Abwehrmaßnahmen und darum gebe es auch keinen Geldautomaten im Hotel. Die meisten Sprengungen finden nachts zwischen 2 und 3 Uhr statt.

Der Vorsitzende fragt, ob diese Informationen ausreichen oder ob noch eine nicht-öffentliche Beratung gewünscht sei.

Frau Fisauli-Aalto dankt Herrn Graßhoff für die ausführliche Erläuterung. Sie könne die Sicherheitsaspekte verstehen. Trotzdem könnte man nochmal das Gespräch mit dem Eigentümer der Fläche suchen, um am Marienhof ggf. noch Platz für einen weiteren SBT zu erhalten. Oder darüber nachdenken, für das Moorweggebiet eine mobile Filiale anzubieten. Herr Graßhoff sagt Prüfung zu. Viele Menschen haben noch andere Gewohnheiten und kommen z. B. monatlich mit Rechnungen.

Herr Eichberger fände es gut, wenn übergangsweise ein Postdienst ermöglicht würde. Und er finde es traurig, wenn das Bargeldverhalten durch ein paar „Spinner“ eingeschränkt werde.

Frau Nikodem dankt auch. Das Ergebnis sei für den Seniorenbeirat nicht zufriedenstellend. Sie sagt, dass 1 km für viele Menschen schon weit sein könne, denn nicht alle seien mobil. Und die Hemmschwelle, andere um Hilfe zu bitten, sei groß. Sie bittet darum, den vollen Service zu den jetzigen Öffnungszeiten auch in naher Zukunft beizubehalten.

Herr Graßhoff sagt, es gäbe keine Pläne, das zu ändern. Es sei wichtig, den Service weiterhin anzubieten, solange die Nachfrage nicht nachlasse. Und das sei momentan nicht so.

Frau Nikodem berichtet weiterhin, dass der Seniorenbeirat im Juni den HVV zu Gast habe. Busfahren könne man nur noch bargeldlos. Sie fragt, ob auch Herr Graßhoff bereit wäre, einer Sitzung des Seniorenbeirates beizuwohnen. Dieser bittet um den Termin und sagt zu, jemanden aus der Stadtparkasse zu schicken.

Herr Bödding fragt, was der TSV mit der Fläche plant und ob der Streetworker dort einen Schreibtisch bekommen könnte.

Herr Graßhoff antwortet, der TSV sei bereit, die Fläche anzumieten und Herr Waßmann ergänzt, dass Herr Menzel zur Zeit im KiJuZ untergebracht sei.

Frau Kärgel bittet nachdringlich um Prüfung, ob am Marienhof ein Kontoauszugsdrucker installiert werden kann. Viele Ältere nutzen kein Onlinebanking. Und so könnten sie das als Kompromiss beim Einkauf erledigen. Schließlich koste die Installation am Hafen ca. 13.000 €.

Herr Graßhoff sagt, man müsse ein Kosten-Nutzen-Analyse durchführen. Zusätzlich wäre Personal erforderlich, um Papier aufzufüllen etc..

Das koste aber nicht so viel, sagt Frau Kärgel. Ihr sei wichtig, dass die Versorgung gewährleistet ist und kein Service abgebaut werde.

Herr Graßhoff meint, man müsse sich der Nachfrage anpassen. Die Zahlen bei der Geldautomatennutzung gehen nach oben, bei den Überweisungs- und Kontoauszugsdruckern ist ein Rückgang um 30 % pro Jahr zu verzeichnen. Die Lebenszeit dieser Automaten betrage 8 Jahre.

Frau Kärgel gibt zu bedenken, dass sich der Kundenstamm ändere, weil die Jüngeren nachwachsen. Vielleicht sollten die Automaten noch für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden.

Frau Süß spricht die Banden an, die aus den Niederlanden nach Deutschland kommen, weil das Geld dort nach einer Automaten Sprengung vernichtet werde.

Dazu sagt Herr Graßhoff, dass das überdacht wurde. Die Verklebetechnik sei gescheitert. Als neue Lösung sei die Färbetechnik auf dem Vormarsch.

Frau Keck sieht noch ein anderes Problem bei den älteren Menschen: Vereinsamung im Alter durch demografischen Wandel. Sie fragt, wessen Aufgabe es sei, dieses Problem zu lösen. Das sei ein größeres Thema.

Herr Graßhoff sagt, es gebe noch kein Kommunikationskonzept, um die Betroffenen zu informieren. Er werde den Fortgang mitteilen.

Kurze Beratungspause von 19:57 - 20:05 Uhr

Die Justiziarin sieht keine rechtliche Notwendigkeit, die Abstimmung ohne die Mitglieder des Verwaltungsbeirates der Stadtparkasse durchzuführen. Diese wollen aber nicht mitstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Stellungnahme:

„Es wird anerkannt, dass durch die anstehende Investition betriebswirtschaftlich notwendige Veränderungsprozesse angeschoben werden müssen. Um die Sparkasse langfristig in ihrer Wirtschaftlichkeit und Eigenständigkeit zu sichern, werden die Umstrukturierungsmaßnahmen gebilligt.

Vor dem Hintergrund der Daseinsvorsorge ist jedoch weiterhin die Versorgung des Moorweggebietes und des südlichen Stadtgebietes mit Bankleistungen, über das digitale Angebot hinaus, sicher zu stellen.

Daher wird es begrüßt, dass ein Geldautomat im Fachmarkt EDEKA Jensen am Marienhof

aufgestellt wurde und zeitnah die neuen Geldautomaten am Hafen in Betrieb genommen werden.

Die Ausweitung der Räumlichkeiten der Filiale Moorweg für den TSV Wedel wird ebenfalls begrüßt mit dem Angebot eines Mietvertrages mit einer Miete, welche sich am unteren Ende des Marktes orientiert.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahme soll darauf geachtet werden, dass der volle Service inkl. einer personenbesetzten Kasse in der Hauptstelle zu den jetzigen Öffnungszeiten fortgeführt wird und nicht in naher Zukunft eingeschränkt wird. Den Nicht-Online-Nutzern ist weiterhin eine Präsenz vor Ort anzubieten.“

Abstimmungsergebnis: (Ohne die Verwaltungsratsmitglieder)

28 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung (Die Grünen)

Anlage 1 TOP 4 Anmerkung des Seniorenbeirates zur Zweigstellenschließung Moorweg

Anlage 2 TOP 4 Rat Fragen Grüne Geplante Schließung der Filiale der Stadtparkasse in der Moorwegsiedlung (002)

Anlage 3 Top 4 Rat Fragen Linke im Rat Geplante Schließung der Filiale der Stadtparkasse in der Moorwegsiedlung

Anlage 4 TOP 4 Rat Fragen Seniorenbeirat Geplante Schließung der Filiale der Stadtparkasse in der Moorwegsiedlung

Anlage 5 TOP 4 Gemeinsame-erklärung-gaa

5 Haushaltskonsolidierung

5.1 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A1.26

Erhöhung der Kursgebühren in der Volkshochschule Wedel

BV/2024/029

Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung von Gebühren für die Volkshochschule

Der Vorsitzende bringt die Vorlage ein. Der BKS hat mehrheitlich zugestimmt.

Frau Heyer ergänzt, dass bei der Neuaufstellung der Kalkulation im nächsten Jahr die Gebührenordnung der Hamburger Volkshochschulen berücksichtigt werden soll. Das wurde auch im letzten BKS festgehalten.

Frau Kärzel fragt, wie viele Teilnehmende durch die Gebührenerhöhung verloren gehen. Sie möchte diese Zielgruppe auch weiterhin mitnehmen.

Herr Bödding spricht die Kurse für Schülerinnen und Schüler (SuS) an (z.B. Nachhilfe, MS Office) und möchte wissen, ob diese Kurse auch teurer werden und ob Angehörige von dieser Personengruppe auch reduzierte Teilnehmergebühren zahlen.

Frau Bolsinger, komm. VHS-Leiterin, teilt mit, dass es diese Kurse auch weiterhin geben werde und auch kostenlose Ferienangebote. SuS bekommen ohnehin Ermäßigungen.

Zu der Frage der Angehörigen: Es gelte immer der Zahlende, so dass die Ermäßigung auch für die Kinder gelte.

Frau Neumann-Rystow fragt, ob neben den zwei Ermäßigungskategorien auch weiterhin Ausnahmen aus persönlichen Gründen möglich seien. Und dann solle das auch so veröffentlicht werden.

Die Justiziarin sagt, dass die Ermäßigungstatbestände geregelt seien. Härtefälle seien per Gesetz geregelt.

Frau Kärger stellt klar, dass es also auch für SuS teurer werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt

- a) die von der Verwaltung der Stadt Wedel aufgestellte Kalkulation. Sie ist als Anlage beigefügt.
- b) die in der Anlage beigefügte Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung von Gebühren für die Volkshochschule Wedel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.2 Aktueller Stand der Haushaltskonsolidierung

MV/2024/042

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Fisauli-Aalto dankt Herrn Scholz für die Aufsplittung und appelliert an die Fraktionen, sich da genau anzusehen, Konsequenz weiterzugehen und kreative Lösungen zu finden.

Frau Blasius weist auf den Lenkungsausschuss hin, in dem das besprochen werden soll. So viel sei nicht mehr übrig. Sie fragt, wo noch gespart werden könne. Die Politik könne nichts dazu sagen, ob der Personalbestand ausreiche.

Herr Bödding spricht die weitere Planung für die Zahlungen an die Schulsozialarbeit (SSA) an und bittet darum, einen groben Fahrplan zu skizzieren. Er fragt mit Verweis auf die Stellungnahme des JB im BKS am 8.11.2023, ob die SSA erhalten bleibt bzw. ob es Stundenreduktionen geben werde.

Herr Waßmann antwortet, wenn es vom Land zusätzliche Angebote gebe, würden immer nur einzelne Maßnahmen und Projekte gefördert. Die Mittel vom Kreis seien auf dem gleichen Niveau wie 2023.

Frau Drewes fragt, wann folgendes umgesetzt werde:

1.) SKB

SSA

Zweitwohnungssteuer

2.) Grundsteuer: Die Stadt müsste bis zum Herbst liefern was ab 2025 zu zahlen ist und bittet um eine Aussage dazu, wann die Wedelerinnen und Wedeler informiert werden.

Herr Scholz könne zu 2.) nichts Konkretes sagen. Er gebe noch nicht ausreichend Infos, wie viele Grundsteuerbescheide vorliegen. Das Land sehe vor, in der 35. KW das Transparenzregister zu öffnen. Erst dann lägen genügend Zahlen vor.

Frau Fisauli-Aalto sagt, dass die Punkte zu 1.) in Aufarbeitung seien.

Herr Waßmann berichtet von einem Gespräch mit einem Schulleiter zum Format Offener Ganztage. Der Baustein SKB werde nicht fortgeführt. Eine Erhöhung der Beiträge würde keine Mehreinnahme bringen. Das Thema sei sehr komplex.

Der Vorsitzende sagt, das müsse aus den Maßnahmen rausgerechnet werden. Der gefasste Beschluss könne so nicht umgesetzt werden. Der Offene Ganztage werde rechtlich nicht fortgesetzt. Das Thema gehöre in den BKS.

Frau Keck regt auch hier ein Beschlusscontrolling an.

Die Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule sei ausgewählt als Schule des Bundesprogramms „Startchancen“.

Sie fragt, wie das Start-Chancen-Programm gegenfinanziert sei.

Herr Barop merkt an, dass man die Höhe der Grundsteuer im Internet berechnen könne. Am Elbhochufer seien es ca. 50% mehr als vorher. Er fragt, ob das überall so sei und was das bedeute.

Herr Scholz antwortet, dass auf Bundesebene Immobilien zu Wohnzwecken höher bewertet werden. Berlin habe viele Multiplikatoren eingeführt. Gewerbliche Grundstücke werden günstiger.

Frau Drewes fragt Herrn Waßmann, ob zu erwarten sei, dass Wedel dann keine SKB-Kosten mehr habe und ob das Land das bezahle.

Herr Waßmann antwortet, dass man für die Umsetzung des Rechtsanspruches ab 2026 mit dem Land in Verhandlungen treten müsse, um Rahmenbedingungen zu schaffen.

Herr Eichberger wiederholt seine Frage aus dem UBF, ob die Straßenreinigungsgebührensatzung sattelfest sei.

Die Justiziarin antwortet, dass wir uns noch im Klageverfahren befinden. Bei 500 Widersprüchen wurden 29 Klagen eingereicht. Die vorliegende Kalkulation ist vollständig. Falls etwas erläutert werden muss werde sich das Gericht melden. Es gab noch keine mündliche Verhandlung. Wenn alle Klagen begründet sind, werde das Gericht mündlich beraten und entscheiden. Die Satzung könne auch rückwirkend geändert werden, solange keine Festsetzungsverjährung vorliege. Noch befänden wir uns aber am Anfang der Verfahren.

Frau Kärgel erwartet, dass im BKS ausführlich über die Beitragserhöhung der SKB gesprochen werde. Das System habe sich geändert und es werde seit Jahren um eine Umstrukturierung gerungen. Nun gebe es einen neuen Sachverhalt, den wir bisher nicht kannten. Es müsse eine Beitragsstruktur geben, die sich jeder leisten könne. Sie fragt, wie diese gestaltet werde und ob es einen runden Tisch dazu geben wird.

Herr Fresch verweist auf den Fachausschuss und Herr Waßmann stellt den Runden Tisch nach der Sommerpause in Aussicht.

6 IV. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Wedel (Feuerwehrgebührensatzung) BV/2024/031

Frau Kärgel bringt die Vorlage ein. Es geht um Einsätze "ohne Grund". Die Satzung wurde seit 2017 nicht überarbeitet. Nun solle die Gebühr für Fehlalarme drastisch erhöht werden. Eine Kalkulation ist hinterlegt. Der UBF hat den Beschlussvorschlag mehrheitlich empfohlen und sie bittet den Rat um Zustimmung.

Herr Baars verliest dazu die Anfrage der SPD.

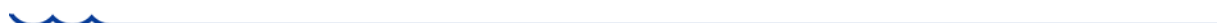
Der Vorsitzende sieht das als Vertagungsantrag, damit die Verwaltung das mitnehmen kann.

Frau Kärgel informiert, dass es nach Aussage von Herrn Brix keine weiteren Zahlen gebe. Es gehe um eine Abgrenzung zu anderen Einsätzen. Sie verstehe das Ansinnen, aber diese Satzung sei nicht mit der Straßenreinigungsgebührensatzung zu vergleichen.

Herr Baars sieht den Unterschied. Beide Satzungen funktionieren mit kalkulatorischen Leistungen. Die Kalkulationen seien so untransparent und nicht zulässig. Das mache die Satzung angreifbar. Er habe Zweifel an der Rechtssicherheit.

Herr Scholz antwortet, dass jede Kalkulation mit Schlüsseln arbeite, die dann umgerechnet werden. Das System sei so wie bei der Straßenreinigungsgebührensatzung. Der Rechtssicherheit werde sich zeigen.

Herr Rüdiger weist auf den Unterschied von Gebühren und Abgaben hin. In Pinneberg wer-



de die Verwaltung das erarbeiten. Warum kann Wedel das nicht und muss da Gericht anrufen? Es liegen exakte Zahlen vor.

Der Vorsitzende weist das zurück.

Herr Scholz erläutert, dass die Zahlen aus der Jahresrechnung genommen wurden und keine geschätzten Planzahlen seien.

Herr Ammer weist auf die Stundensätze hin, die er „spotbillig“ empfindet, und rechtfertigt die neuen Gebühren.

Herr Wunderlich stimmt Frau Kärgel grundsätzlich zu. Die CDU sieht es kritisch, die Verwaltung in Frage zu stellen. Sie würden einer Vertagung nicht mitgehen.

Der Vorsitzende hätte kein Problem mit einer Vertagung, weil eine rückwirkende Änderung möglich sei.

Die Justiziarin weist auf das Schlechterstellungsverbot (Zahlende dürfen rückwirkend nicht schlechter gestellt werden) hin.

Abstimmungsergebnis Vertagungsantrag:

7 Ja (SPD) / 30 Nein / 0 Enthaltung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt:

- a) Die von der Verwaltung aufgestellte Kalkulation auf der Grundlage von § 6 Kommunalabgabengesetz (KAG). Sie ist als Anlage beigefügt.
- b) Die in der Anlage beigefügte IV. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung von Gebühren und Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Wedel (Feuerwehrgebührensatzung)

Abstimmungsergebnis:

30 Ja / 7 Nein (SPD) / 0 Enthaltung

Anlage 1 TOP 6 Feuerwehr_BV2024_031 Stellungnahme SPD

7	Beschwerde gem. § 16 e der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein	MV/2024/051
----------	--	--------------------

Herr Jan Lüchau teilt mit, dass sich die Ratsfraktionen mit der Beschwerde auseinandergesetzt haben. Die CDU stehe hinter der Antwort.

Frau Süß sagt, dass die Fraktionen nach eingehender Auseinandersetzung ein gemeinsames Positionspapier erstellt haben, hinter dem auch die Grüne-Fraktion stehe.

Zu der Sache mit der Einladung wiederholt sie nun ihre Entschuldigung. In der Endfassung der Einladung habe nicht Ältestenrat gestanden.

Herr Barop schließt sich an und gibt noch folgende Hinweise:

- 1.) Seit der Amtsübernahme von Herrn Kaser wurden vertrauliche Infos durchgesteckt. Das sei aber auch schon vorher so gewesen, nur nicht explizit genannt.
- 2.) Der Rat dürfe fachkundiges Personal wie z.B. den Personalrat befragen
- 3.) Der Beschluss zu Wedel Marketing wurde zügig zurückgezogen.
- 4.) Jede/r kann eine persönliche Stellungnahme abgeben (Rede von Frau Fisauli-Aalto).

Anschließend verliest der Vorsitzende die gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen (s. Anlage). Er hält es für sinnvoll, darüber abzustimmen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Der Vorsitzende sagt Frau Wohlers eine formale Antwort zu.

Anlage 1 TOP 7 2024_06_12_Interfraktionelle Stellungnahme Beschwerde

8	Die Verschwiegenheitspflicht und Konsequenzen ihrer Verletzung	MV/2024/047
----------	---	--------------------

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9	Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
----------	--

9.1	Bericht der Verwaltung
------------	-------------------------------

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

9.2	Öffentliche Anfragen	ANF/2024/014
------------	-----------------------------	---------------------

Es werden folgende Anfragen gestellt:

- 1.) Herr Rothe verliest die Anfrage (s. Anlage). Die Beantwortung werde zum nächsten Rat erfolgen.
Herr Waßmann hält eine Beantwortung im nächsten BKS für nicht möglich.
Frau Keck hält es für sinnvoll, das Herrenberg-Urteil sowie den Brief der 4 Musikschulen dem Protokoll beizufügen. Sie wird beides an den Sitzungsdienst schicken.

- 2.) Herr Barop wiederholt eine Anfrage aus dem letzten UBF. Es geht um die Baustelleneinrichtung für die Verlegung des Glasfaserkabels am Elbhochufer. Er moniert, dass es keine Infos an die Anwohner zur Baustelleneinrichtung und zur Dauer gab. Die Arbeiten seien heftig, laut und eine Zumutung für die Anwohner. So gehe es nicht. Er beklagt sich über das „wie“ die Baustelle eingerichtet wurde und bittet darum, darauf zu reagieren. Man hätte im Vorwege mit den Menschen reden müssen.
Der Vorsitzende bittet darum, das im UBF zu klären.
Frau Fisauli-Aalto habe im UBF nicht viel davon mitbekommen und hat eher Freude über den Anschluss wahrgenommen. Sie sagt aber zu, das Thema zum nächsten monatlichen Treffen mit Herrn Maurer mitzunehmen.
Frau Kärigel hat im UBF keine problematische Diskussion gesehen. Die Fragerichtung ging an die Stadtwerke, die das Projekt leiten. Zudem gebe es Schwierigkeiten mit dem Bauunternehmen.
Frau Keck stimmt ihr zu. Die Brisanz liege in ihren darin, dass wir zukünftig viele Baumaßnahmen haben und sich diese Fehler nicht wiederholen sollten.
Herr Eichberger regt an, dass die Informationen durch einen Baustellenaushang an mehreren Stellen ständig aktualisiert werden könnten.



- 3.) Herr Barop verliest seine Anfrage zur Straßenreinigungsgebührensatzung (s. Anlage) und bittet um zeitnahe Beantwortung seiner Fragen.
Die Justiziarin teilt mit, dass noch nicht alle Klagen begründet wurden. Aus städtischer Sicht sei die Kalkulation vollständig. Im System der Stadt Wedel seien alle Rechnungen enthalten und sollten dem Gericht Unterlagen oder Erläuterungen fehlen, werde es sich melden. Das sei bislang nicht geschehen. Die Justiziarin bittet darum, das Gericht arbeiten zu lassen.
Die Stadt werde alle Fragen des Gerichts beantworten und sie bittet darum, nicht zu unterstellen, es werde etwas nicht gemacht. Das Gericht werde eine Entscheidung fällen, an die sich beide Seiten richten müssen.
- 4.) Frau Drewes fragt, warum die Baustelle Doppeleiche ruht.
Herr Rüdiger weiß nach einem Gespräch mit Herrn Graßhoff zu berichten, dass durch die Baggararbeiten ein Kabel zutage kam und nun darüber beraten werde und dann gehe es weiter.
- 5.) Frau Drewes knüpft an die Anregung von Herrn Eichberger an, den Rat durch Streaming transparenter zu machen. Sie fragt, ob es neue Erkenntnisse zu den Kosten gibt.
Herr Karohl antwortet, dass zu den Kosten noch nichts zu sagen sei und dass es sich zur Zeit vorrangig um rechtliche Aspekte handle. Es müsse dazu auch die Hauptsatzung angepasst werden. Die Kapazitäten im Ratssaal seien erschöpft. Gemeinsam mit dem Gebäudemanagement werde die Angelegenheit zu einem größeren Projekt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

<u>Anlage 1</u>	TOP 9.2.1 2024_06_13_Anfrage_Musikschule
<u>Anlage 2</u>	TOP 9.2.1 Anlage 1 Anschreiben an den Kreis Pbg
<u>Anlage 3</u>	TOP 9.2.1. Anlage 2 Herrenberg Urteil und Begründung
<u>Anlage 4</u>	TOP 9.2.1 Anlage 3 Positionspapier Festanstellungen LVdMSH
<u>Anlage 5</u>	TOP 9.2.1 Anlage 4 KAV-Rundschreiben zu Honorarkräften
<u>Anlage 6</u>	TOP 9.2.1 Anlage 5 FAQ Honorarverträge - Häufige Fragen
<u>Anlage 7</u>	TOP 9.2.3 Anfrage Straßenreinigungsgebühren

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. Es wurden im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Protokollführung:

Julian Fresch

Kirsten Gragert



